

Agentur / Ressort:

Meinung und Debatte

Veröffentlichungsdatum:

15.10.2018

Text ID:

260435823

Sperrstatus:

frei

Notiz:

kein Eintrag

Agentur / Herkunft

kein Eintrag

Priorität:

kein Eintrag

NZZ - Neue Zürcher Zeitung

Meinung und Debatte

15.10.2018 / Briefe an die NZZ / Seite 7

Probleme der Zuckersteuer

Der Artikel zur Zuckersteuer (NZZ 20. 9. 18) erinnerte mich an einen Workshop zum gleichen Thema vor einem Jahr. Der Tenor des Vortrags eines Vertreters der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ging in eine ähnliche Richtung: dass die Zuckersteuer ein probates Mittel zur Reduktion des Süssgetränke-Konsums und gegen Fettleibigkeit sei. Was dabei fehlt, ist eine Einschätzung der unbeabsichtigten möglichen Konsequenzen und der konkrete Bezug zum Kontext der Schweiz. Aus einer empirischen Studie von 2014 kann abgeleitet werden, dass eine Steuer von zehn Prozent auf Süssgetränken zwar einen Konsumrückgang in ebendiesem Umfang zur Folge hätte, doch zugleich würde eine solche Steuer den Konsum von alkoholhaltigen Getränken erhöhen. Dies hat damit zu tun, dass Süssgetränke und gewisse Alkoholika Substitute sind. Der WHO-Vertreter reagierte auf diesen Vorbehalt nur mit der Bemerkung, dass ihm diese Studie nicht bekannt sei.

Eine isolierte Betrachtung der Zuckersteuer ist nicht zielführend, denn das regulatorische Umfeld bestimmt massgebend, ob die erwünschten Ziele tatsächlich erreicht werden. In der Schweiz wird zum Beispiel der Zuckeranbau mit zusätzlichen Direktzahlungen von 1800 Franken pro Hektare Zuckerrüben zur Zuckergewinnung gefördert. Diese hohe Stützung soll die sinkende Konkurrenzfähigkeit des inländisch produzierten Zuckers auffangen, da bei Zucker Freihandel mit der EU besteht. Mit der Zuckersteuer sollen die potenziellen negativen Auswirkungen des indirekt subventionierten billigen Zuckers auf die Gesundheit wieder korrigiert werden. Aus der Fachliteratur zur Bekämpfung von Übergewicht geht jedoch hervor, dass eine Politik, die das Problem auf indirektem Weg angeht, keine gute Lösung wäre, weil sie neue Verzerrungen mit sich bringen würde. Mehr Früchte- und Gemüsekonsum wäre hingegen wünschenswert. Um unbeabsichtigte Kollateralschäden und Inkohärenzen einer neuen Steuer abzuwenden, würde sich eine gesamtheitliche Betrachtungsweise lohnen.

ISABELLE SCHLUEP, ZENTRUM FÜR UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG CCRS, UNIVERSITÄT ZÜRICH